

Allgemeine Zeitung Uelzen

6.4.2011

## Erzwungene Frauenquoten sind Planwirtschaft

Die Kanzlerin hat zwar schon vor etlichen Wochen Nein zu einer staatlichen Frauenquote gesagt, doch die Rufe nach einer staatlichen Regulierung bei Vorstandsposten und Aufsichtsräten gehen weiter. Ich halte dagegen – staatlich erzwungene Zielvorgaben sind für mich Planwirtschaft und ein Eingriff in die vertragliche Freiheit der Wirtschaft. Wer eingestellt wird, ist einzig Sache des Unternehmens. Der Staat hat sich hier rauszuhalten.

Der „Frauen-Gipfel“, zu dem Familienministerin Kristina Schröder (CDU) vergangene Woche führende Personalchefs ins Ministerium eingeladen hatte, hat übrigens ja auch gezeigt, dass viele Unternehmen das Problem erkannt haben und handeln. Drei Prozent der Vorstände in Deutschland sind Frauen –

das ist in der Tat viel zu wenig. In zwei Jahren muss es eine nennenswerte Veränderung beim Anteil von Frauen in Führungspositionen der Unternehmen und Aufsichtsräten geben. Als frauenpolitische Sprecherin der

sterin ins Spiel gebrachte „Flexi-Quote“ ist zwar längst nicht so rigide wie die starre 30-Prozent-Regelung wie es Arbeitsministerin Ursula von der Leyen fordert. Aber auch das Schröder-Modell, das für alle Unternehmen das gleiche

sungen für mehr Frauen in ihren Unternehmen zu schaffen. Wir brauchen aber auch einen gesellschaftspolitischen Wandel. Eltern zu werden, oder auch Elternzeit zu nehmen, darf für Frauen und Männer kein Karrierehindernis sein. Und so lange es ungewöhnlich ist, wenn ein Vater nachmittags eine Sitzung verlässt, um sein Kind vom Kindergarten abzuholen, muss sich etwas ändern.



Meine  
Woche  
in

**BERLIN**

Heute: Nicole Bracht-Bendt (FDP)

FDP-Bundestagsfraktion halte ich es für ein gutes Signal, dass sich eine ganze Reihe von Unternehmen eine Selbstverpflichtung auferlegt hat.

Die FDP-Bundestagsfraktion lehnt aber eine gesetzliche Pflicht zur Selbstverpflichtung ab. Diese von der Mini-

pauschale Ziel vorgibt, ist völlig unrealistisch. Ein Nahrungsmittelkonzern wird wesentlich leichter eine promovierte Ernährungswissenschaftlerin finden als ein Metallbauer eine Ingenieurin mit Vorstandserfahrung.

Die Unternehmen sind in der Pflicht, individuelle Lö-

**Nicole Bracht-Bendt** aus Harburg ist frauen- und seniorenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion und zuständig für den Wahlkreis Celle-Uelzen. Sie können diese Kolumne im Internet kommentieren unter [az-online.de/kolumnen](http://az-online.de/kolumnen).

[az-online.de](http://az-online.de)